

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreissind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Einzelgenstellung:
Grafenstraße 9-5 Uhr

Verleger: Dornsch-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Vorbereitung der Londoner Konferenz

London, 26. Juni. (WTB.) Die Einladungen zu der interalliierten Konferenz im Monat Juli werden gegenwärtig vorbereitet. Die Vereinigten Staaten werden eingeladen werden, einen Vertreter in einer Eigenschaft zu entsenden, wie sie die amerikanische Regierung für angebracht hält. Japan wird wie bei früheren Gelegenheiten ebenfalls zur Teilnahme aufgefordert werden. Man hofft, daß Mussolini persönlich zur Konferenz kommen wird.

Paris, 26. Juni. (WTB.) Ministerpräsident Herriot, der vorgestern mittags, wie bereits gemeldet, den französischen Botschafter in Berlin, de Margerie, zu einer längeren Unterredung über die politische Lage in Deutschland empfangen hat, empfing gestern abend den englischen Botschafter Lord Crewe am Quai d'Orsay, mit dem er gleichfalls eine längere Besprechung hatte. Man dürfte annehmen, bemerkt „Petit Parisien“ dazu, daß von der Vorbereitung der Londoner Konferenz die Rede gewesen sei.

Optimistischere Stimmung in Belgien.

Paris, 26. Juni. (WTB.) Wie dem „Echo de Paris“ aus zuverlässiger Quelle aus Brüssel gemeldet wird, sieht man die Lage nicht mehr so pessimistisch an wie unmittelbar nach der Abreise Herriots. Man bemerkt mit Befriedigung, daß die Reparationsfrage als erledigt betrachtet werden kann. Das belgische Kabinett begrüßt es, daß auf der Londoner Konferenz nur die Sachverständigenberichte erörtert werden sollen. Immerhin fragt man sich in Brüssel, welche Garantien England in der Sicherungsfrage zu geben bereit sei, und ist der Ansicht, daß England sich schriftlich verpflichten werde, im Falle eines deutschen Angriffs an die Seite der Alliierten zu treten. Mit Genugtuung verzeichnet man die Fortschritte in der Reparationsfrage und den Vorschlag, die Frage der Sicherheitsgarantien auf der Londoner Konferenz nicht zu erörtern.

Die Atmosphäre hat sich gewandelt.

Paris, 26. Juni. (WTB.) Der Minister im letzten Kabinett Poincaré, Senator de Jouvenel, schreibt nach seiner Rückkehr aus Genf, wo er an der Beratung des Völkerbunds teilgenommen hat, im „Matin“: Was hat sich nach den französischen Wahlen, nach den deutschen Reichswahlen, nach der Demission des Kabinetts Poincaré, nach dem Sturze Millérands, nach der Wahl eines neuen Staatschefs und nach der Ernennung einer neuen Regierung in Frankreich, nach der Reise Herriots nach London und Brüssel in Europa abgespielt? Der Plan der Sachverständigen, geboren aus der Politik Poincarés, bleibt das Programm der Alliierten, die Rolle der Kontrollkommission, die noch Poincaré unterzeichnet hat, bleibt das Programm Herriots. Die Probleme der Reparationen, der Sicherheit und der alliierten Schulden haben sich nicht gewandelt. Wir haben nichts aufgegeben und nichts erzielt, und doch gibt es etwas Neues. Die Atmosphäre hat sich gewandelt. An jenem ausgezeichneten internationalen Beobachtungsposten, der der Völkerbund ist, hörte

Völkerbundinterpellation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute folgende Interpellation eingebracht:

Ist die Regierung bereit, den Antrag auf Ausnahme in den Völkerbund noch vor dem 1. September 1924 zu stellen?

Der Kampf um die Kontrollnote.

Deutschnationaler Vorstoß in zwölfter Stunde.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion versucht in zwölfter Stunde einen Einschüchterungsversuch gegenüber der Regierung. Sie will der Regierung die Annahme der Kontrollnote erschweren und sich gleichzeitig eine Basis für künftige Angriffe gegen die Stellung der Regierung zur Frage der Militärkontrolle schaffen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung:

„Die Deutschnationale Reichstagsfraktion betrachtet mit ernstester Sorge die Entwicklung der äußeren Lage und sieht der unmittelbar bevorstehenden Entscheidung der Regierung über die Militärkontrolle in Verbindung mit den weiteren Fragen der Räumung des besetzten Gebietes und der von Frankreich verlangten sog. Sicherheiten mit schwerem Bedenken entgegen. Sie ist entschlossen, ihren Standpunkt noch rechtzeitig zur Geltung zu bringen. Nachdem das in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses unmöglich gewesen ist, hat der Fraktionsvorsitzende an den Herren Reichsanwälte das förmliche Ersuchen gerichtet, Vertreter der Fraktion im Beisein des Herrn Außenministers zu empfangen. Der Empfang ist am morgen, Freitag, normal, angelegt worden. An sich muß es ausfallen, daß trotz der Dringlichkeit der Frage und des fortgeschrittenen Standes der Verhandlungen der Termin der Besprechung nicht früher vorangeht werden können. Die Fraktion glaubt aber nach den ihr auf Anfrage gewordenen Mitteilungen, daß trotz des späten Zeitpunktes der Besprechung ihr Wunsch, noch rechtzeitig vor der endgültigen Stellungnahme der Regierung zur Militärkontrolle gehört zu werden, volle Berücksichtigung findet, daß also die deutsche Antwort auf die Militärkontrollnote erst nach der Besprechung festgesetzt werden wird.“

Die Wirkung des deutschnationalen Verlangens ist zunächst eine Verzögerung der deutschen Antwort auf die Kontrollnote. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion demonstriert vor dem Auslande. Die Ankündigung ihrer

ich von Staatsmännern, die ungefähr ein Duzend Staaten vertreten, Kennerungen, daß ich sie fast nicht wieder erkannte. Im September vorigen Jahres war die Versammlung viel zahlreicher, und man hörte kein Wort der Hoffnung. Der Ruhrkrieg zeichnete sich am Horizont ab; aber an ein Abkommen glaubte niemand. Die französischen Delegierten waren der Gegenstand eines gewissen Mißtrauens. Selbst gute Freunde erklärten: Ihr werdet doch das Ruhrgebiet und das linke Rheinufer amektiert. In der vergangenen Woche dagegen beunruhigte man sich in Genf nur über Deutschland. Frankreich hat für den Frieden gestimmt. Die Atmosphäre hat sich gewandelt. „Bitten wir unsere Führer“, so schließt Jouvenel, „in diesem Augenblick nur die Probleme zu behandeln, über die sie sich einigen können. Ein neuer Pakt ist geschlossen worden. Er darf weder gebrochen noch umgebogen werden, wenn man nicht den Reparationen und dem Frieden endgültig Lebewohl sagen will.“

Die Opposition an der Arbeit.

Paris, 26. Juni. (WTB.) Wie bereits berichtet, werden heute zuerst Senator Lucien Hubert im Senat und Abg. Klog in der Kammer Fragen über das Ergebnis und den Charakter der Beratungen in Chequers und Brüssel stellen. Hubert erklärte einem Berichterstatter des „Echo de Paris“: Was wir wissen wollen und was ich Herriot fragen werde, läßt sich in die Worte zusammenfassen: Wohin führen Sie uns? Klog wird nach dem gleichen Blatt die französische Liebe hinsichtlich der Ausführung des Versailler Vertrages entwickeln und im Laufe seiner Fragestellung auf die Aeußerung Macdonalds hinweisen, der Sachverständigenbericht bedeute eine Erweiterung des Versailler Vertrages. Es sei fraglich, meint „Echo de Paris“, ob sich an die zuerst im Senat und dann in der Kammer zu erwartende Antwort des Ministerpräsidenten eine Debatte anknüpfen werde. Das könne nur geschehen, wenn die Fragen in eine Interpellation umgewandelt würden. Die beiden Antragsteller hätten aber nicht die Absicht, zu interpellieren. Außerdem beabsichtige Herriot, jede Debatte durch Stellung der Vertrauensfrage abzulehnen.

Amerikas Vertreter bei der Londoner Konferenz.

Paris, 26. Juni. (WTB.) Nach einer Meldung aus Washington veröffentlicht das Weiße Haus eine Erklärung, wonach der amerikanische Botschafter in London, Kellog, an der Londoner Konferenz teilnehmen werde wegen der Interessen der Vereinigten Staaten betreffenden Fragen und um im übrigen Informationen zu übermitteln. Oberst Logan, der offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission, soll ihm beigegeben werden.

Paris, 26. Juni. (WTB.) Ministerpräsident Herriot hat gestern nachmittag den ehemaligen Botschafter beim Vatikan, Senator Jonart, und den Vorsitzenden der Regierungskommission des Saargebietes Raoult empfangen.

Opposition in so prononciert Form legt den Gedanken nahe, daß sie nach erfolgter Annahme der Kontrollnote die Aktilegitimation der Regierung zur Annahmeerklärung bestreiten will. Die Reichsregierung ist zur Annahme der Note entschlossen. Sie würde Deutschland unabsehbaren Schaden zufügen, wenn sie sich durch das deutschnationale Mandat beeinflussen ließe.

Politisches Lockspickeltum.

Die Verantwortungslosigkeit der Nationalisten.

Die „Deutsche Zeitung“ würde sich sehr wundern, wenn die Reichsregierung die Note über die Militärkontrolle ablehnen würde. Die Redaktion der „Deutschen Zeitung“ weiß sehr gut, daß eine Ablehnung die größte Fieseln wäre, die eine deutsche Regierung in dieser Situation begehen könnte, mehr als eine Fieseln sogar angesichts der außenpolitischen zwingenden Lage. Das Geschrei der „Deutschen Zeitung“ über „Kapitulation“, über „offenstehliche Uebereinstimmung mit dem Feinde“ ist darum von einer unübersehbaren inneren Unehrlichkeit, eine erbärmliche Spekulation, die den Spekulanten entsteht.

Aber diese Spekulation nimmt gemeingefährliche Formen an! Heute morgen schreibt die „Deutsche Zeitung“:

„Wie nun, wenn sich deutsche Männer finden sollten, die sich der Ausübung der Militärkontrolle gewalttätig widersetzen? Wir will die Reichsregierung die Kontrollorgane gegen einen Ausbruch der Volkswut schützen, der doch immerhin nicht ganz außerhalb der Möglichkeiten liegt? Wäre es nicht klüger, der Ententeregierung zu empfehlen, von der Kontrolle Abstand zu nehmen, unter Hinweis auf die ungeheuren Schwierigkeiten diplomatischer und politischer Natur, die sich aus dem oben Angebeuten ergeben könnten?“

Die Schreibtischhelden der „Deutschen Zeitung“ reizen zu Gewalttätigkeiten gegen die Kontrollkommission auf! Sie unterstellen eine „Volkswut“, die sie künstlich zu machen gedenken mit Hilfe von einigen Duzend politisch unreifen Jünglingen. Sie drohen mit der Sabotage der Politik der Reichsregierung. Das ist nicht nur nationale und politische Disziplinlosigkeit, sondern politisches Lockspickeltum! Die Zwischenfälle, die die „Deutsche Zeitung“ in so feiger, verantwortungsloser Weise hervorgerufen sich bemüht, können von den Chauvinisten des Auslands nicht mit Gold aufgezogen werden! Und das spricht von nationaler Ehre!

Erinnerungen.

Eine Betrachtung über das Verhältnis zwischen Grob- sprecherei und persönlichem Mut.

In dem Hymnus, den kürzlich die „Deutsche Tageszeitung“ zu Ehren der internationalen Reaktion anstimmte, galt der erste Vers, wie billig, Herrn Horthy. Der zweite war Herrn Mussolini gewidmet. Und dann hieß es weiter: „Raum hatten unsere Demokraten ihre durch den Schreck etwas mitgenommene Bekleidung der unteren Extremitäten wieder leiblich in Ordnung gebracht, da sagte in Spanien der General de Rivecourt der Demokratie ebenso heftige wie erfolgreiche Fehde an.“ Unsere Leser werden über die Geschmacklosigkeit der Ausdrucksweise des agrarischen Blattes die Nase rümpfen. Sie mögen sich trösten. Es ist eine durch geistige Unzulänglichkeit und Mangel an Bornehmtheit gerechtfertigte Eigentümlichkeit der Erneuerer Deutschland, allemal, wenn sie geistvoll sein wollen, auf das Gebiet des Stoffwechsels zu geraten. So haben sie den Isolierraum, der zum Schutze des Wahlgeheimnisses geschaffen wurde, Klopsetraum, und die amtliche Urne, die dem gleichen Zwecke dient, Wahlnachtstuhl getauft. Nach dem infamen Blausäureattentat auf Scheidemann hatte die edle „Deutsche Tageszeitung“ den Mut, über das „Attentat mit der Klistierspritze“ zu höhnen: Geist- und geschmacklos als diese Bezeichnungen ist die Bemerkung über den Einfluß des Sieges der ungarischen und der italienischen Reaktion auf den Zustand der Bekleider der deutschen Demokraten auch nicht.

Aber an Dummheit übertrifft sie alles, was die „Deutsche Tageszeitung“ ihren geistig genügsamen Lesern je geboten hat. Denn der Hohn über den geringen Mut der Demokratie ruft Erinnerungen wach, die unsere Deutschnationalen in ihrem Interesse zu verbannen suchen müßten, statt sie lebendig zu machen, die Erinnerung nämlich an die grenzenlose, jämmerliche Feigheit, von der sie selbst in kritischen Zeiten beherrscht gewesen sind. Niemals hat eine herrschende Klasse, gegen die das Volk sich erhob, so bereitwillig dem Buckel hingegeben, um sich schlagen zu lassen, wie die Männer der deutschen Rechten im November 1918. Und ihre Erbarmlichkeit wirkte um so grotesker, als niemals vorher eine herrschende Klasse übermütiger, frecher, provozierender aufgetreten war als sie.

Als das wilhelminische System zusammenbrach, verschwand mit ihm freiwillig die konservative Partei von der Bildfläche. Die Sozialdemokratie hatte alle Stürme der Reaktion, die sie umbraut haben, überstanden. Niemals hat sie ihre Grundsätze und ihren Namen verleugnet. Die deutschen Konservativen aber zerrissen während des Unwetters ihr Programm und ihr Banner und ersetzten ihre bankrotte Firma durch den Namen „Deutschnationale Volkspartei“. Und jedesmal, wenn dieser Partei in der Nationalversammlung Sünden der konservativen Partei vorgehalten wurden, erhoben ihre Redner den Einwand der mangelnden Passivlegitimation. Mit mehr oder minder gut gespielter Entrüstung verwahrten sie sich dagegen, daß man sie mit der Verantwortung für Dinge belaste, die sich vor der Entstehung ihrer Partei ereignet hätten.

Und mit der konservativen Partei verschwanden ihre führenden Männer von der Bildfläche. Herr v. Hegdebrand, Herr Kreth, Herr Wildgrube, Herr v. Dieblich, Herr Westarp lehnten das ihm von zwei Wahlkreisen angebotene Mandat zur Nationalversammlung ab. Er zog es vor, unter dem Schutz eines sozialdemokratischen Beileitbriefes, den er, wie einst die Stimmen der jüdischen Wähler des Weierberger Kreises, erbettelt hatte, nach Westpreußen zu flüchten, um sein nur in seiner Vorstellung bedrohtes Leben zu retten. Uebrig blieben von den konservativen Abgeordneten der Fraktion des Kriegstages nur untergeordnete Männer, wie der Schriftsteller Schiele, Herr Dietrich, der später auf dem Präsidentenstuhle bewies, daß man nicht Man oder Bremer zu sein braucht, um sich eines dauerhaften Schlafes zu erfreuen, Herr Warmuth, dessen Ehe mit einer Jüdin dazu führte, daß ihm seine Partei bei der letzten Reichstagswahl nicht wieder aufstellte und der daraufhin erwiderte, daß er eigentlich zur Deutschen Volkspartei gehöre, Herr Kalkewitz, der sich von seiner sozialdemokratischen Vergangenheit her noch etwas Mut bewahrt zu haben scheint, Herr Dr. Köfise und Herr v. Graefe. Die Führung der Fraktion aber übernahmen die beiden alten Herren Graf Pobjadowsky und Delbrück. Der Dank der Partei bestand darin, daß ihre Wahlkreise sich bei den Wahlen zum ersten Reichstag der Republik von ihnen trennten.

Ein ehemaliger konservativer Führer erschien kurze Zeit nach dem Zusammenbruch in der Reichstagsliste, um den Rat der Volksbeauftragten seine schwärmerische Ergebnissetzung und die Treue seiner Heimatprovinz Ostpreußen zu versichern. Ihm persönlich werde, so fügte er hinzu, der Anschluß an das neue System um so leichter, als er niemals Royalist, sondern stets Bismarckianer gewesen sei. Wer war der neugebackene Republikaner? Niemand anders als Herr Kapp.

Die schmachlichen Festungskapitulationen der preussischen Junker von 1806 fanden ihr Seitenstück in der deutschen Revolution. Denn nichts anderes als eine erbärmliche Uebergabe war es, daß vom Kopfe der „Kreuz-Zeitung“ das stolze „Mit Gott für König und Vaterland“ und von dem der „Deutschen Tageszeitung“ das Motto „Für Kaiser und Reich“ verschwand. Keinerlei äußerer Zwang hat zu dieser Selbstverstümmelung geführt.

Im November 1918 erschienen zwei von der Front heimgelehrte Soldaten in den Redaktionsräumen der „Deut-

der letzten Schapellit hingewiesen. Der Umfang der Arbeitslosigkeit ist viel größer, als man nach der Zahl der unterstützten Erwerbslosen fälschlicherweise vielfach annimmt. Alle weiteren Erträge sind diktiert von der Sorge, daß durch die Rat die deutsche Arbeiterschaft so zermürbt wird, daß ein Hinanarbeiten bei Besserung der Verhältnisse unmöglich werden würde. Wir fordern daher die Schonung der deutschen Arbeitskraft.

Genosse Großmann vertritt dann die einzelnen Anträge und Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion, und zwar auf Erhöhung der Renten der Kriegsgeschädigten und Kriegserwerbslosen, Aufhebung der Verordnung über die Fürsorgepflicht, sowie der Bestimmungen über die Vereinfachung der Sozialversicherung und über die Krankenversicherung. Weiter fordert: die sozialdemokratische Fraktion Krankenversicherungspflicht der Seeleute, Erhöhung der Invalidenrenten, Reform der Erwerbslosenfürsorge.

Kassierung des Washingtoner Abkommens
über den Achtundzigtäg und Auflösung preisverleuernder Kartelle. Unter lebhaftem Beifall der sozialdemokratischen Abgeordneten (schließt der Redner mit der Mahnung, den wertvollsten Bestandteil der Produktion, die menschliche Arbeitskraft, künftig besser zu bewerten!

Darauf wird die Beratung unterbrochen durch die gestern vertagte

Abstimmung über die Anträge zur Beamtenbefoldung

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die Reihenfolge der Bestimmungen wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten entschieden, daß zuerst nicht über die kommunikativen Anträge, sondern über diejenigen abgestimmt werden soll, die der Regierung die Ermächtigung in der Befoldungsfrage erteilen wollen. Diese Anträge werden auf Vorschlag des Zentrums gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt.

Gegen die Antragsteller abgelehnt wird ein kommunikativer Antrag, der nur die letzten Befoldungsgruppen 8 bis 13 aufrecht erhalten und die unteren Gruppen entsprechend aufheben will. Ein nationalsozialistischer Antrag, der die vom Hauptauschuß für die Gruppen 1 bis 6 vorbehaltenen Aufbesserungen auch auf die Gruppen 7 und 8 ausdehnen will, wird abgelehnt, ebenso der kommunistische Antrag, der für die Aufbesserung fast 71 Millionen 800 Millionen verlangt und die Sozialzulagen nicht für alle, sondern nur für die Gruppen 1 bis 9 erhöhen will. Gegen die Kommunisten und Deutschsozialen wird der

Antrag des Hauptauschusses unbeschadet angenommen, daß die zur Verfügung stehenden 71 Millionen ausschließlich zur Aufbesserung der Gruppen 1 bis 6 verwendet und außerdem Frauen- und Kinderzulagen in allen Gruppen erhöht werden sollen.

Das Ergebnis der Abstimmung wird von den Kommunisten mit den ihnen vorabgeschriebenen Pfeilen aufgenommen. Sämtliche Anträge zum Personalabbau werden auf Antrag des Zentrums dem Hauptauschuß überwiesen.

Im Auswärtigen Ausschuh des Reichstags wurde je ein Vertrag mit Litauen und Estland über Regelung verschiedener Fragen, die mit dem Weltkrieg zusammenhängen, der Handelsvertrag mit Litauen und das vorläufige Wirtschaftsabkommen mit Estland behandelt und angenommen.

Die Rückzugslinie des Gumpfs.

Klara Zetkin auf dem kommunistischen Weltkongress.

In der Dienstagssitzung des kommunistischen Weltkongresses in Moskau ging die Diskussion über die Taktik der kommunistischen Internationale weiter. Klara Zetkin zeigte sich in der unübertrefflichen Rolle, die halbe und unrichtige Stellung jener Leute ohne Rückgrat und ohne Ehrlichkeit zu vertreten, die es mit Sinowjew dem Kümmerling nicht verderben wollen, obwohl sie ihm und seine Taktik für verrückt halten. Klara Zetkin führte eine Reue-aussage jener Brandstifter, die man seit Jahren an ihr beobachtet: Kritik an der Brandier-Zentrale, Kritik an der Ruth Fischer-Zentrale, Kritik sowohl am Kurze Radel wie am Kurze Sinowjew, einerseits, andererseits, in der Praxis aber Disziplin vor der linken Führung und Aufsehen vor Sinowjew. Dieser Sumpf in der SPD, der trotz seiner intellektuellen Erkenntnis der Unwürdigkeit seiner Stellung lacht und den Stiefel Sinowjews in Moskau und die Lackstühle der Ruth Fischer in Berlin küßt, ist eine erbärmliche Erscheinung. Die kommunistische Internationale verdirbt den Charakter...

Haftbefehl gegen Koffbach.

München, 26. Juni. (M.B.) Der „Allgemeinen Zeitung“ zufolge ist gegen den am Hitler-Ruff beteiligten früheren Hauptmann Götting und gegen den Oberleutnant a. D. Koffbach wegen Beihilfe zum Hochverrat Haftbefehl erlassen worden.

Landsberg nicht bestätigt.

Halle, 26. Juni. (M.B.) Der Wahl des sozialistischen Landeshauptmanns der Provinz Sachsen, des Grafen a. D. Dr. Landsberg, ist vom Minister des Innern Svering die Bestätigung verweigert worden. Maßgebend für die Nichtbestätigung war die Stellungnahme des Provinziallandtages, der mit seinem Beschluß nach erfolgter Wahl zu erkennen gegeben hat, daß er die Wahl widerrufen wolle. Der Provinziallandtag wird zur Vornahme der Neuwahl auf 16. September einberufen.

Aufwertungspekulation.

Gauche in Kriegsanleihe.

Während sich die Ansicht der Börse über die außenpolitische Lage kaum geändert hat, daß die innerwirtschaftliche Lage im großen und ganzen noch immer als sehr unbefriedigend angesehen wird und danach die allgemeine Tendenz höchstens als gut bezeichnet werden kann, wirt sich die Spekulation auf alle Marktgebiete, auf denen im Zusammenhang mit der Durchführung des Dawes-Planes irgendwelche Aufwertungsoperationen bestehen könnten. Die letzten Kräfte halten sich aber von diesen Bewegungen möglichst fern, und die Gauche in Kriegsrente hat heute fort, da man trotz aller offiziellen Dementis noch weitere Käufe der Kriegsanleiheabteilung der Reichsbank feststellen will. Vor allem ist jetzt das Ausland interessiert. Dazu kamen heute noch Kauforders aus der Provinz. Man handelte Kriegsanleihe für mehr als zum teils ansehnlichen Kurs von 208 Milliarden Prozent. Diese Bewegung übertrag sich auch auf Stadtanleihe und Pfandbriefe; auch Schulgebäude wurden lebhaft zu gebesserten Kursen gehandelt. Der französische Markt wurde am Donnerstag mit 225 etwas schwächer genannt. Im übrigen blieb das Geschäft sehr still. Es kam wieder reichlich Angebot auf den Markt.

Die Zahlung der Beamtengehälter. Nach Anordnung des Reichsfinanzministeriums werden die am 1. Juli fälligen Gehälter der Reichsbeamten am 28. Juni zur Auszahlung kommen.

Bei den Elternratswahlen in Altona errang nach dem am Mittwoch ermittelten engherigen Wahlergebnis die Liste Schuffert einen vollen Erfolg. Sie erhielt insgesamt 220 Sitze, der bürgerlich-kommunistische Wählerblock zusammen 147 Sitze. Die Kommunisten haben auf ihrer eigenen Liste überhaupt keinen Vertreter durchgebracht, nur hier- und da sind einige Kommunisten auf sogenannten Schuffertlisten gewählt worden.

Im Schlepptau der Reaktion.

Endlich findet eine bürgerliche Zeitung den Mut, bei ihrer Berichterstattung über die Vorgänge im Rathaus der Nahe die Stelle anzuhängen. Die „Berliner Volkszeitung“ stellt mit Recht fest, daß die Mittelparteien — Demokraten und Zentrum — im Begriff sind, zu Handlangern der Reaktion im Rathaus zu werden.

Es ist zwar richtig, daß die Demokraten und noch mehr das Zentrum keineswegs in allen Fragen mit den Deutschnationalen und der Volkspartei zusammengegangen sind. Das ging schon deswegen nicht, weil bei den Deutschnationalen der Einfluß des demagogischen Schreiers Koff viel zu groß ist und mit dem Zentrum dieses Koffers eine dauernde Einigung nur für so blosige Naturen, wie es der Volkspartei-Führer v. Espern ist, möglich sein kann. Tatsache bleibt aber, daß mindestens die Führung der Demokraten alles getan hat, um immer wieder eine Einigung mit den übrigen bürgerlichen Parteien herzustellen und als Bürgerblock gemeinsam aufzutreten. Der demokratische Führer hat es in den letzten Jahren ebenso ängstlich vermieden, in irgendeiner Frage mit der Sozialdemokratie zu verhandeln, wie er sich eifrig darum bemüht hat, mit den Mittelparteien zu einem Kompromiß zu gelangen. Was sich jetzt im Rathaus abspielt, ist nichts weiter als die Krönung dieser politischen Taktik. Es ist der Gipfel der Verlogenheit, wenn bürgerliche Zeitungen die Behauptung aufstellen, die Sozialdemokratie wehre sich gegen den Abbau von Stadträten überhaupt. Die Sozialdemokratie wehrt sich dagegen, daß ein Abbau des Abbaus ein klarer, unbestreitbarer Rechtsbruch vorgenommen werden soll. Der Abbau der Stadtschulratsstelle ist außerdem ein nicht zu überbläsender Skandal. Es ist das alte Recht der Sozialdemokratie, gegen diese Rechtsverletzung alle Mittel anzuwenden, die ihr zur Verfügung stehen.

Die bürgerlichen Parteien drohen mit der Verweigerung der Staatsberatung und mit bevorstehender Auflösung der Stadtratsversammlung. Diese Drohung kann auf die sozialdemokratische Fraktion nicht den geringsten Eindruck machen. Der Rechtsbruch, der vorgenommen werden soll, bleibt nach wie vor eine Gesetzesverletzung und zwingt die Fraktion, jeden Widerstand zu leisten, der ihr möglich ist. Die Drohung mit einer Parteikrise zeugt von einer politischen Heuchelei, die vor niemandem die wackeligen Füße dieser ganzen gespielten moralischen Entstellung verbergen kann. In jedem einzelnen Punkte läßt sich nachweisen, daß die Vorwürfe, die hier gemacht werden, vollständig unbegründet sind. Am überflüssigsten ist die Behauptung, der Vorsteher habe sein Verhalten mit der sozialdemokratischen Fraktion abgestimmt. Dabei wissen die bürgerlichen Parteien sehr genau, daß der Widerspruch, den die Kommunisten in der letzten Sitzung erhoben, der sozialdemokratischen Fraktionen vorher nicht mitgeteilt war. Sie wissen auch sehr genau, daß ihre eigenen Leute in den Bezirken mehrmals mit der gleichen Begründung wie diesmal die Kommunisten die Unzulässigkeitserklärung von Sitzungen erzwungen haben. Der Vorsteher hat sich nicht nur über diesen albern und kindlichen Verleumdungen, deren rein politischer Zweck dem Blindesten klar ist.

Die sozialdemokratische Fraktion wird in ihrem Kampf um das Recht keinen Schritt zurückweichen. Sie wird gegen den Abbau so lange kämpfen, als ihr das geschäftsordnungsmäßig möglich ist. Sie wird sich durch keine Drohungen davon abhalten lassen, den Rechtsbruch des Bürgerblocks als das zu bezeichnen, was er ist. Wenn sich die Mittelparteien durchaus in das Gefolge des Herrn Koch begeben wollen, wenn ihnen diese Gesellschaft lieber ist, dann werden wir sie daran nicht hindern können. Möge ihnen diese Umgehung gut bekommen. Die Sozialdemokratie wird sich trotzdem die Stellung zu erkämpfen wissen, die ihr als Vertreterin der Arbeiterschaft zukommt.

Die Deutschnationalen Fraktion wird heute von neuem den Antrag stellen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Staatsregierung die Auflösung der Berliner Stadtratsversammlung zu beantragen, da die letzten Reichstagswahlen eine völlige Verschiebung der parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse in der Reichshauptstadt ergeben hätten. Die Deutschnationalen rechnen damit, daß diesmal alle bürgerlichen Parteien für diesen Antrag stimmen und ihm damit zur Annahme vorheilen werden, während bei seiner ersten Einbringung die ihm zukommende Unterstützung durch Volkspartei, Wirtschaftspartei und Kommunisten nicht zur Annahme ausreichte.

Das Urteil im Landsberger Mordprozess.

14 Jahre Zuchthaus.

Nach längerer Ausführungen des Oberstaatsanwalts wurden gegen die drei Angeklagten hohe Zuchthausstrafen beantragt. Die Verteidiger, Rechtsanwalt Henning, Frey und Salomon plädierten für milde Bestrafung und forderten vor allem, daß nur die Besserungstheorie und nicht die Abschreckungstheorie in der heutigen Zeit in Frage käme.

Nach mehrstündiger Beratung verurteilte das Gericht in späterer Abendstunde unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Wehling folgendes Urteil: Der Angeklagte Schulz wird wegen Totschlages, begangen bei einem Raub, zu lebenslänglichem Zuchthaus, die Angeklagten Soost und Stark zu einer Zuchthausstrafe von 14 Jahren wegen versuchten schweren Raubes mit Todeserfolg verurteilt. — Unter größter Erregung im Zuhörerraum wurden die Angeklagten abgeführt.

Der Frauenmord in Siemensstadt.

Zu der Mordtat in Siemensstadt wird mitgeteilt, daß die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei ergeben haben, daß die Behauptung Malas, er habe die Tat in der Erregung begangen, sicherlich nicht zutrifft. Während Malas erklärt, daß seine Gefühle ihn fortwährend gereizt und beschimpft habe, sagen Zeugen das Gegenteil aus. Nach ihrer Beobachtung hat Malas die Frau, die ihm fünf Kinder, drei Söhne und zwei Töchter, gebar, ständig gequält. Gestern aber hat kein Streit stattgefunden. Der letzte Auftritt war bereits vorgestern, und im Anschluß an ihn hatte Malas geäußert, daß Frau Malas keines natürlichen Todes sterben werde. Bemerkenswert ist auch, daß er das Mordwerkzeug bereits vor einigen Tagen besorgte und auf den Rückrahmen gelegt hatte. Es ist ein zweifelslos geschlossener Dolch aus gehärtetem Stahl, den einer seiner Söhne, ein Schlägerlehrling, angefertigt hat und er dem das Heil noch schickte. Ohne Zweifel hat bei der Tat ein Kampf stattgefunden. Wie Spuren zeigen, erste Frau Malas mit ihrer Verletzung an das Fenster der im Erdgeschoss gelegenen Wohnung, um von außen her Hilfe herbeizurufen. Malas sprang ihr jedoch noch rasch sie zurück und schloß das Fenster wieder. Eine ganze Reihe von Zeugen wurden gestern bis heute in den Abend hinter von der Kriminalpolizei vernommen. Nach Abschluß der Ermittlungen wird Malas noch festgehalten.

Die „gute Tante“.

Eine Kinderdiebin, die seit einiger Zeit ihr Unwesen trieb, konnte endlich von der Kriminalpolizei verhaftet werden. Aus dem Norden und Osten Berlins mehrten sich von Tag zu Tag Anzeigen, nach denen Kinder bestohlen worden waren. Eine weibliche Person hatte sie mit dem alten Trick, für eine gute Belohnung in einem Laden etwas zu besorgen, einen Brief an irgend eine Adresse abzugeben oder sonst mit irgend einem kleinen Auftrag fortgeschickt. Die „gute Tante“ hatte dann solange die Marktlücke, oder was sonst die Kinderzeugen, gehalten. In dieser Beziehung hat dann immer entweder das Geld oder die Ware, die die Kinder schon eingekauft hatten. Jetzt ist es der Kriminalpolizei gelungen, die Diebin in der Person einer

30 Jahre alten Auguste Traumann zu ermitteln und zu verhaften. Mehrere Kinder hatten sich die Diebin sehr gut angesehen und konnten von ihr ein so gute Beschreibung liefern, daß daraufhin die Kriminalpolizei suchte, man sie vor sich hatten. Bei einer Gegenüberstellung wurde sie auch in vielen Fällen von den Kindern wieder erkannt und gibt auch die Diebereien zu. Viele Bestohlene werden noch gar keine Anzeige gemacht haben. Diese werden gebeten, sich bei Kriminalkommissar Busch im Zimmer 133 im Polizeipräsidium zu melden.

Der Sprung in die Spree.

Das Ende einer „Vergnügungsfahrt“.

Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich gestern mittag auf der Jannowbrücke und an den beiden Ufern angestammelt. Es wurde eifrig hin und her diskutiert: Was war geschehen? Ein Auto war angehalten worden. Darin saßen zwei etwas angeheiterte Herren und eine ebenso angeheiterte „Dame“. Die „Dame“ ließ ihre Beine in sehr ungehobelter Weise an der Brücke des Wagens sehen. Ein Schupmann hielt den Wagen an. Er ersuchte die „Dame“ in vernünftiger Weise Platz zu nehmen. Als sie diese Aufforderung nicht beachtete, bat er die beiden Herren, auf ihre Begleiterin einzuwirken. Als diese das taten, bogann die Begleiterin mit ihren Kapellieren „ob ihrer beleidigenden Zumutung“ einen Streit. Dieser wurde immer hitziger. Die Beine aber blieben draußen. Schließlich sagte die energische „Dame“ um den Jank ein Ende zu machen: „Wenn ihr mich jetzt nicht in Ruhe laßt, springe ich ins Wasser!“ Darauf folgte von den Herren die Antwort: „Bitte in was du nicht lassen kannst!“ Jetzt war sie mit einem Satz aus dem Wagen heraus, und ehe sie noch einer halten konnte, war sie über das Geländer in die Spree gesprungen. Hatte das Gebaren der „Dame“ vorher und der Streit schon eine kleine Menschenansammlung auf der besetzten Jannowbrücke verursacht, so war es jetzt nach dieser Tat geradezu ungeheuerlich. Alles versuchte einen Platz am Geländer zu bekommen, um nach der fähigen Springerin Ausschau zu halten. Ein Boot vom Reichswasserschutz war sofort zur Stelle und suchte das Wasser ab, doch es war alles vergebens. Die Unglückliche war zwischen zwei Schleppzüge gekommen und so sicherlich ertrunken. Nur der Hut von ihr trieb noch auf dem Wasser. Als man sich nach ihren Begleitern umschah, haben diese sich die Aufregung der Menschenmenge zunutze gemacht und waren verschwunden. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Der Leichenfund bei Karlshorst.

Zu dem Leichenfund bei Karlshorst wird noch folgendes berichtet. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, sehr mit Bestimmtheit nachzuweisen, daß die Buchhalterin Anna Lachmund Selbstmord verübt hat. Vor einigen Tagen ist sie bei einem Bekannten gewesen und hatte sich hier eine Browningsflinte geliehen. In ihrer Nervosität hat sie dann selbst Hand an sich gelegt. Da festgestellt wurde, daß sie mit ihrer Verwundung gut noch 1 Kilometer gehen konnte, so hat sie die braune Handabertasche und die Pistole, nachdem sie sich geschossen hatte, weggeworfen. Da beides noch nicht gefunden ist, so ist anzunehmen, daß Spaziergänger diese Gegenstände gefunden haben und ahnungslos mitgenommen haben. Es wird gebeten, diese Sachen bei der Nordkommission im Polizeipräsidium oder den Kommissaren Gajow und Dr. Berndorf abzugeben.

„Bernauf wird Unfals.“ Zu diesen Ausführungen in Nr. 24 wird uns mitgeteilt, daß der hieranstehende Beamte, der in Treptow die Lärmerkrankung auslöste, nicht anders handeln konnte. Kurz vorher hatte nämlich die kommunistische Jugend auf der Treptower Spielwiese eine Versammlung abgehalten, die von etwa 10 Beamten aufgelöst wurde. Als nun die Sportler geschlossen durch Treptow zogen, nahm der Beamte an, daß sich Teilnehmer der gesprengten Versammlung wieder zusammengetan hätten, und schritt daher zur Auflösung des Zuges.

Bewußtlos wurde gestern abend auf der Spielwiese im Treptower Park in der Nähe des Mayer-Denkmal ein Schloßerlehrling Bill Banastowich aus der Reichsberger Straße aufgefunden. Er war mit Strauchern und Moos jugedeckt. Beamte der Schutzpolizei riefen ihn ins Bewußtsein zurück und brachten ihn nach dem Krankenhaus. Wie der junge Mann angibt, erhielt er, als er ohnmächtig auf einer Bank lag, plötzlich von hinten einen Schlag auf den Kopf, der ihm die Bewußtnehmung raubte. Was dann weiter mit ihm geschehen ist, weiß er nicht. Die Ermittlungen zur Aufklärung sind eingeleitet.

Differenzen mit den Saalbesitzern in Buchmühle, Arcis Niederbarnim, veranlassen unsere dortigen Kollegen, die Berliner Parteigenossen zu ersuchen, das „Restaurant zur Buchmühle“ (Ruh. Franz Anker, Landsberger Chaussee 5, und das „Geflügelrestaurant“ (Ruh. Julius Witt), Gichtstr. 28/29, bei ihren Besuchern zu meiden.

Fest der Schulerkündigung des Staatlichen Kunstgewerbemuseums. Am 1. und 2. Juli d. J. findet „Silas“ (die Faunus auf dem Banne), das Fest der Schulerkündigung des Staatlichen Kunstgewerbemuseums statt. Karten zu haben im Staatlichen Kunstgewerbemuseum, Unterrichtsamt, Prinz-Albrecht-Str. 8 und in der Hardenberg-Str. 33, Hochschule für bildende Künste.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Warm und ziemlich heiter, schwache südliche Winde, Deutschland: In ganz Deutschland mürmeres und trockenes Wetter.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung! Betriebsräte der SPD.

Die kommunistische Reichstagsfraktion verfenbet an die sozialdemokratischen Betriebsräte Einladungen zu einer Besprechung, die am Montag, den 30. Juni, im Reichstagsgebäude stattfinden soll. Angeblich sollen die Betriebsräte über das Sachverständigengutachten befragt werden. In allen Betrieben soll in einer Sitzung des Betriebsrats zu der Einladungsstellung genommen und Delegierte zu der Besprechung am 30. Juni gewählt werden.

Abgesehen davon, daß die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu dem Sachverständigengutachten bekannt und entschieden ist, halten wir eine Verhandlung mit Kommunisten über diesen Gegenstand für völlig unfruchtbar und zwecklos. Wir fordern deshalb unsere Parteigenossen auf, der Einladung der Kommunisten nicht Folge zu leisten. Man überlasse den Kommunisten die Verantwortung für ihre Handlungen selbst, unsere Zeit ist zu nützlichen Schwereiten zu kostbar.

Bezirksverband Berlin SPD. Betriebssekretariat.

133. Mt. Buchhals. Die für heute, Donnerstag abend, anberaumte Monatsversammlung fällt aus.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter! Wegen Freitag, bleibt die Expedition geschlossen. Berechnungen werden Mittwoch nach der Generalsammlung angenommen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Junglehrer, Jugendgruppen des Bundes entließ. Schullehrer. Donnerstag, den 26. Juni, 8 Uhr, Vortragsabend: Die Berliner Weltkriege hat Lebensgemeinschaften. Referent: Friedrich Weigert und Adolf R. 4. — Freitag, den 27. Juni, 8 Uhr: Vortragsabend über die Eltern. Referent: Hermann Weigert. — Samstag, den 28. Juni, 8 Uhr: Vortragsabend über die Eltern. Referent: Hermann Weigert. — Sonntag, den 29. Juni, 8 Uhr: Vortragsabend über die Eltern. Referent: Hermann Weigert.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Achtstundentagdebatte in Genf. Die deutsche Regierungserklärung.

Bei dem besondern Interesse, das die Frage des Achtstundentags beansprucht, sei zur Ergänzung unseres Berichts im heutigen Morgenblatt die Erklärung der deutschen Regierung nach dem I.A.B. Bericht nachgetragen:

„Nachdem auch nach der tschechoslowakische Regierungsvertreter in Deutschland für die anderen Völker erwacht, ergreift der deutsche Regierungsvertreter Geheimrat Beymann das Wort, um im Namen der Reichsregierung eine Erklärung zu verlesen, die eingehend auf alle Kritiken eingegangen, die an die Verordnung vom Dezember 1923 geknüpft worden. Er erinnert zunächst daran, daß in Deutschland durch die Verordnung vom 23. November 1918 die achtstündige Arbeitszeit für alle Gewerbe und Betriebe eingeführt worden war und daß in Deutschland der achtstündige Arbeitstag strenger als fast in allen anderen Ländern durchgeführt wurde. Im Herbst 1923 sei dann durch das Zusammenreffen einer Reihe von Umständen eine Verringerung der ganzen Wirtschaftslage eingetreten. Die Ruhrbesetzung und ihre Folgen, der Währungszusammenbruch, die sogenannten Ruhrverträge hätten die deutsche Wirtschaft völlig zerstört. Industrie, Handel und Verkehr seien zum Stillstand gekommen und die Zahl der Erwerbslosen geblieben zeitweise bis auf fünf Millionen, wobei besonders schimm der Mangel an Kohlen gewirkt habe. Unter dem Zwang und unter der Wucht dieser Verhältnisse und nach eingehender Beratung aller in ihr vertretenen Parteien habe sich die Regierung damals gezwungen gesehen, von der Durchführung eines starren Achtstundentags abzusehen und auf korrektem Wege in vielen Industrien seit 1923 eine Verlängerung der Arbeitszeit einzuführen, während wir nach in anderen wichtigen Industrien wie in Bergwerkbetrieben, Glasindustrie und Baugewerbe den Achtstundentag durchführten.“

Die Regierungserklärung endet mit folgenden Worten: Ob es gelingt, der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden, liegt noch nicht fest, wie auch nicht zu übersehen ist, wie sich die Verhältnisse gestalten werden, wenn erst die Reparationszahlungen in voller Wucht auf uns lasten. Das zurzeit geltende Arbeitszeitgesetz vom Dezember 1923 ist ein Notgesetz, mit seiner Verringerung ist unter günstigeren, wirtschaftlichen und besser überschaubaren Verhältnissen zu rechnen. Die deutsche Regierung ist aber außerstande, über den Inhalt, Umfang und Zeitpunkt solcher Änderungen zur Stunde Bestimmtes zu sagen. Sie muß sich vielmehr darin völlige Handlungsfreiheit vorbehalten. In ihrem Namen möchte ich aber auch erklären, daß der in dem Bericht des Herrn Direktors des Arbeitsamtes zur Förderung gefällte Gedanke, eine Art internationaler Kontrolle über unsere Arbeitszeit einzuführen, für uns und diskutabel ist. Ein solcher Eingriff in die Souveränität wäre für uns wie für jeden anderen Staat unerträglich, zumal es sich nach Lage aller Umstände keineswegs um Dumping handelt. Die deutsche Regierung werde zur rechten Zeit die Initiative in der Arbeitszeitfrage ergreifen, dabei werde sie bestrebt sein, auf die Arbeitszeit in den übrigen Ländern innerhalb der deutschen Lebensinteressen möglichst Rücksicht zu nehmen.“

In längeren Ausführungen, die der deutsche Regierungsvertreter an diese Erklärung anknüpft, legt er im einzelnen dar, daß die Mehrarbeit in gewissen Betrieben von der Notwendigkeit eingeebnet war, die Wirtschaftslage Deutschlands zu bessern und die auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen, was nur durch einen Überbruch in unserer Volkswirtschaft möglich sei. Überbrüche seien aber nur durch erhöhte Produktion oder durch Einschränkungen im Verbrauch zu erzielen. Einschränkungen seien aber in Deutschland nicht mehr denkbar und der Verbrauch des sogenannten Mittelstandes und der anderen Stände sei bereits unter den Verbrauch aller anderen Länder gesunken. Es komme nur eine Steigerung der Warenherzeugung in Betracht, die einerseits durch Verbilligung der technischen Betriebseinrichtungen und durch gute Organisation zu erreichen sei, wozu es aber an dem notwendigen Kapital fehle, andererseits durch Mehrarbeit. Wir müssen, so erklärt der Regierungsvertreter, um den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern, möglichst schnell zu einer Steigerung der Arbeitsleistung kommen. Infolgedessen erscheint eine elastische Gestaltung des Gesetzes wünschenswert. Das ist der eigentliche Sinn des neuen Gesetzes. Es war und ist keineswegs allgemein beabsichtigt die Arbeitszeit zu verlängern. Ich bin noch allem, was ich bisher gehört habe, auch der Überzeugung, daß die Arbeitszeit bei uns nicht viel anders und besonders nicht länger ist, als in anderen Ländern. Darin hat mich das Studium der Tarifverträge in anderen Ländern bestärkt. Meine Herren! Sie haben aus der Erklärung meiner Regierung ersehen, daß dieselbe die Initiative zu einer Neuregelung der Arbeitszeit ergreifen wird, sobald die Verhältnisse es gestatten. Ich möchte mit dem Wunsch schließen, daß dieses recht bald kommen möge.“

Die Rede des deutschen Regierungsvertreters fand in einem großen Teil des Hauses lebhaften Beifall.

Die Antwort der deutschen Arbeiterkammer.

Die unser Genosse Hermann Müller vom ADGB auf diese Erklärung gegebene hat, ist bereits in unserem Bericht in der Morgenausgabe kurz wiedergegeben. Wir werden sie so bald als möglich ausführlicher zum Abdruck bringen.

Der englische Regierungsvertreter Davies bezog sich nach der Annahme, daß die englische Regierung im Unterhause so bald wie möglich einen entsprechenden Beschlusse zur Ratifizierung der Washingtoner Konvention einbringen werde, auf das Sachverständigengutachten, das nichts davon

besage, daß zur Ermöglichung der Reparationsleistungen in Deutschland schlechtere Arbeitsbedingungen einzuwickeln. Die Forderung von Reparationen biete keinen sich haltigen Grund für die Aufhebung des Achtstundentages in Deutschland. Der belgische Regierungsdirektor und auch der Vertreter der polnischen Regierung drückten dann ebenfalls die Bereitwilligkeit ihrer Regierungen aus, die Washingtoner Konvention zu ratifizieren, aber nur unter der Voraussetzung, daß auch eine Reihe anderer Staaten dies tun werden.

Lohnvereinbarung für die Reichspostarbeiter.

Die Verhandlungen mit den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter im Bereiche der Deutschen Reichspost über den Abschluß eines neuen Lohnvertrages sind beendet. Es wurde ein neuer Lohnvertrag vereinbart, der bis zum 31. August 1924 Gültigkeit hat und beiderseits mit Monatsfrist gekündigt werden kann. Die Lohnhöhe entspricht den Sätzen, die durch Beschluß des Reichskabinetts für die Eisenbahnarbeiter festgelegt wurden. Außerdem wurden die Ortszusagen der Löhnen der vergleichbaren Industriearbeiter angepaßt.

Aussperrung im Karosseriewerk Schebera.

In dem Schebera-Karosseriewerk in Tempelhof steht die Belegschaft seit Montag vergangener Woche im Arbeitskampf. Die Firma unterbreitete der Betriebsvertretung am Sonnabend eine halbe Stunde vor Fabriksschluß ein Ultimatum, in dem gefordert war, daß die Arbeit am Montag nur zu den von der Firmenleitung einseitigen festgesetzten Affordpreisen aufgenommen werden könne. Diese Neuregelung brachte für die Stellmacher einen Abzug von 30 Proz. und für die übrigen Arbeitergruppen einen solchen von 25 Proz. von den bisher geltenden Affordpreisen. Die Belegschaft nahm zu dem Anerkennen der Stellung und beschloß, am Montag zu gewohnter Zeit die Arbeit zu den alten Affordbedingungen aufzunehmen. Die Firma hielt aber ihre Forderung aufrecht und hinderte die Belegschaft an der Arbeitsaufnahme durch Aussperrung. Somit lagen 530 Mann der verschiedensten Berufsgruppen auf dem Pflaster.

In der gestern abgehaltenen Versammlung der Ausgesperrten wurde mitgeteilt, daß die Behauptung der Betriebsleitung, die hohen Verdienste der Arbeiter hätten sie zu der Maßnahme veranlaßt, in der Form, wie sie verbreitet wird, nicht zutreffend ist. Tatsache ist, daß die Durchschnittsverdienste der Schlosser im Afford 108 Pf., der Stellmacher 110 Pf., der Sattler und Ladrer 104 Pf. betragen, also nicht emfähr so hoch sind, als angegeben wird. Was die Firma an der Konkurrenzfähigkeit hindert, ist die vollkommen veraltete Produktionsweise des Wertes. Wenn die Firma Schebera sich dazu verstehen könnte, mit der technischen Entwicklung fortzuschreiten und ihre Arbeiten nicht in durchaus trauriger Art herzustellen ließe, könnte sie auch ohne Affordreduzierungen den Wettbewerb aufnehmen. Die Ausgesperrten verpflichteten sich, zusammenzustehen, bis die Firma ihre Maßnahme rückgängig gemacht hat.

Ein vorsichtig-revolutionärer Gewerkschaftsmann.

An dem Abwehrkampf in der Karosseriefabrik von Schebera in Tempelhof ist auch der weitere Arbeiterkreise bekannte Leo Ostrowski, genannt „der blutige Leo“, beteiligt, der als Kämpfer bei der Firma arbeitet. Dieser echte Revolutionär ist vor kurzem aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschloffen worden, weil er vorantwärtlicher Führer der kommunistischen Industrieorganisation „Fachsgruppe Metall“ ist und auch deren Zeitung leitet. Ostrowski hat sich nach achtjähriger Dauer des Abwehrkampfes beim Arbeitsnachweis eintragen lassen, ohne die Streikleitung davon zu informieren. Er hat sich also von selbst außerhalb der kämpfenden Arbeitsteile gestellt, obwohl von ihm die „Erweiterung der Kampfbasis“ verlangt wurde, indem das Charlottenburger Werk der Firma in den Kampf einbezogen werden sollte. Als er in einer Versammlung zur Rede gestellt und seine Handlung als Verrat bezeichnet wurde, verkroch er sich wie ein erschütterter Schuljunge hinter einigen seiner Gesinnungsgenossen, die ebenfalls jahrelang in der Front gestanden sind. „Sie haben ja dasselbe getan, warum werde gerade ich zur Rechenschaft gezogen“, rief der große Revolutionär. Er versuchte sich auch damit herauszureiben, daß er darauf gefaßt sei, nicht mehr in den Betrieb hineinzukommen, und so hätte er eben jetzt schon von seinem Recht Gebrauch gemacht und sich arbeitslos gemeldet. Es ist also nach dieser revolutionären Auffassung von Solidarität erlaubt, die Kampfzeilen zu verlassen, wenn man sich bedroht fühlt, und man darf sich Sonderprivilegien gegenüber seinen mitgemehrten Kollegen dadurch verschaffen, daß man sich vor ihnen auf dem Nachweis einschreiben läßt, um vor den anderen Arbeit vermittelnd zu erhalten. Wenn das die offizielle Meinung des Führers der kommunistischen Industrieorganisation ist, dann kann man sie getrost als eine Organisation von Streikfabrikanten bezeichnen. Es war bisher bei allen gewerkschaftlich geführten Kämpfen üblich, alle Lohnnahmen, auch die Haltung des Einzelnen, von der Kampfleitung kontrollieren und bestimmen zu lassen. Für Leute wie Ostrowski sind aber gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen offenbar „reformistische Handlungen“, die durch die eigene revolutionäre Auffassung ersetzt werden müssen. In den Augen anscheinender Gewerkschaftler, zu denen auch die Mehrheit der Ausgesperrten von Schebera gehört, sind Ostrowski und Genossen gerichtet.

Christlich.

Der „Vorwärts“ mics am 5. Juni auf das 25jährige Bestehen der christlichen Gewerkschaften in einer Notiz hin, die noch während des Ruhrkampfes der Bergarbeiter abgefaßt war. Die

Rücksicht auf die Kampfgenossen der Bergarbeiter insbesondere gebot eine rein sachliche Würdigung des Jubiläums der Christlichen, obwohl deren Geschichte gerade kein Ruhmesblatt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bildet.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ vom 23. Juni gab unsere Notiz mit folgender Bemerkung wieder:

„Wenn die „freien“ Gewerkschaften Vernunft befanden, nicht Utopien nachzogen, sich nicht als Schlepenträger der Sozialdemokratie gebärdeten, wenn sie religiöses und nationales Empfinden als wertvolle Kräfte im sozialen Kampf der Arbeiter werten, dann kann das den christlichen Gewerkschaften nur sehr erwünscht sein. Solches wird die Verständigung nur sehr erleichtern.“

Über Vernunft mit dem „Zentralblatt“ zu streiten wäre müßig, da allein schon die Einheitsfront der Unternehmer zeigt, daß es vernunftwidrig ist, die wirtschaftliche Organisation der Arbeitnehmer nach „religiösem und nationalem Empfinden“ zu trennen und sie auf diese Weise zu schwächen. Wir wollen nur auf das Pharisäertum hinweisen, mit dem dieses „Zentralblatt“ den freien Gewerkschaften die Vernunft abspriacht, um sie als Monopol der christlichen Gewerkschaften zu reklamieren. Das erscheint uns als ebenso wenig christlich wie vernünftig. Damit nicht genug, nimmt das christliche Gewerkschaftsblatt auch das religiöse und nationale Empfinden gleich pharisäerhaft für seine Richtung in Anspruch. Wer selber der Schlepenträger nicht nur einer Partei ist, vielmehr der Schlepenträger auch reaktionärer Parteien sein möchte und sich oft genug als Schlepenträger des Unternehmertums erwiesen hat, möchte sich hüten, den freien Gewerkschaften vorzumischen, sie gebärdeten sich als Schlepenträger der sozialdemokratischen Partei. Wenn die freien Gewerkschaften der Sozialdemokratie am nächsten stehen, so aus dem einfachen Grunde, weil die sozialdemokratische Partei „im sozialen Kampf der Arbeiter“ stets im Vordergrund stand und sich als zuverlässig erwiesen hat. Die pharisäerhafte Arroganz, in der sich hier das „Zentralblatt“ gefällt, erleichtert die Verständigung wirklich nicht. Sie wird jedoch von den einzelnen christlichen Gewerkschaften auch nicht herausgekehrt wie in ihrem „Zentralblatt“. Die rauhe Wirklichkeit der Dinge wird deshalb nach wie vor in all den Fällen zur Verständigung zwischen christlichen und freien Gewerkschaften führen, wo es gemeinsames Vergeben sich als unumgänglich notwendig erweist. Um so weniger können wir finden, daß das Verhalten des „Zentralblattes“ der christlichen Gewerkschaften christlich sei. Wir sind zu unchristlich, um ihnen den Gefallen zu tun, ihm auf diesem Gebiete zu begegnen.“

10 000 amerikanische Textilarbeiter haben, wie aus New York berichtet wird, den Streik beschlossen.

Die Bädereisen in Paris und den Vororten traten in den Streik. Nach offizieller Angabe (der Weitzer?) streiken nur 833 von 3995 Bädereisen. Daß diese Angabe nicht richtig stimmt, geht daraus hervor, daß vom Arbeitsministerium bereits Vorbereitungen für eine Besprechung zwischen Weitzern und Bädereisen getroffen sind. Die Bädereisen fordern außer einer Lohnhöhung die Abschaffung der Nachtarbeit.

Wirtschaft

Polnische Eisenbahnkonzessionen an das Ausland.

Wie die „Evening News“ berichten, ist eine vorläufige Ueber-einkunft zur Errichtung einer gemischt englisch-polnischen Gesellschaft getroffen worden, die sich den Wieder- bzw. Weiterbau des polnischen Eisenbahnnetzes zur Aufgabe stellt. Hinter der englischen Gruppe, die an dieser neuen Gesellschaft beteiligt ist, steht die bekannte Firma Armstrong, Whitworth and Company, die sich die erforderlichen Materiallieferungen gesichert hat. Die Arbeiten sollen zu Beginn des kommenden Jahres aufgenommen werden.

Eine weitere Konzession hat sich die Société Générale d'Entreprises (SIE) Paris in Polen gesichert, die gemeinsam mit der Polen Engineering Cie. die neugeplanten Eisenbahnlinien in Oberschlesien errichten und betreiben soll. Die polnische Regierung garantiert der Kapitalistengruppe eine Verzinsung von 9 Proz. des Gesellschaftskapitals. Dieses selbst soll zu 90 Proz. in Obligationen und nur zu 10 Proz. in Aktien emittiert werden.

Man geht, so bemerkt die Internationale Transportarbeiter-Föderation dazu, wohl kaum fehl, wenn man die einschneidenden Verschlechterungen, die dem polnischen Eisenbahnpersonal in den letzten Monaten zugefügt worden sind, mit diesen Plänen in Verbindung bringt und annimmt, daß die Maßnahmen der polnischen Regierung gegen die Eisenbahner stark unter dem Druck des ausländischen Kapitals erfolgt sind.

Geldbewegung bei der Reichshauptkasse. Nach dem Ausweis der Reichshauptkasse betragen in der Zeit vom 11. bis 20. Juni die Einzahlungen 180,9 und die Auszahlungen 182,6 Millionen. Es wurde mithin ein Zahlungsbetrag von 1,6 Millionen (seit dem 1. April 1924 insgesamt 33,1 Mill.) erforderlich. Für Ausrüstung der Goldanleihe sind 20,2 Millionen verausgabt worden. Aus dem Verkauf von Rentenmarkwechseln wurden außerdem 100,3 Mill. Goldmark, seit dem 1. April insgesamt 237,4 Mill. Goldmark an Einnahmen erzielt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Aris Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Glaser; Kreislauf: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Glade; Anstalt in Berlin: Verlag: Verlags-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Broschdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3.

BILLIGE SCHUHE

Unser rücksichtsloser Preisabbau ermöglicht es Jedermann, sich für ganz wenig Geld 1 Paar Stiefel zu kaufen. Hier nur einige Beispiele:

- Damen-Halbschuhe** 4⁹⁰ echt R'Chevreau und Chromleder
- do. breite Schiebeschnalle** halbhohler Absatz, sehr schick. 8⁹⁰
- do. Original Goodyear Welt** echt Boxcall und R'Chevreau 10⁹⁰
- Leinen-Schnürschuhe** sehr gutes Material 2⁷⁵
- Braune Herren-Halbschuhe** 9⁸⁰ echt Boxcall, sowie braune Herrenstiefel, echt Boxcall, moderne Formen
- Herrenstiefel randgenäht, teils Doppelnähen, gutes Fabrikat** 10⁹⁰ jetzt
- do. Original Goodyear Welt** echt Boxcall, Boxcall und R'Chevreau, teils braun, erstklassiges Fabrikat 12⁸⁰
- Herrenstiefel u. Halbschuhe** moderne Formen gute Lederorten 8.90 9.50 7⁹⁰
- Dirndlstoffhausschuhe** für Damen, allerliebste Farben 95⁹⁰
- Turnschuhe** starke Spaltledersohlen 38—41 1⁹⁰
- Leder-Hausschuhe** für Damen, mit Spangen, sowie Leder-Niedertrichter, schwarz und Krokodil 2⁹⁰

Herrenstiefel

echt Rindbox, mod. breite Form, alle Größen:

- Braun echt Chevreau** Damen-Halb-Schnür-u. Spangenschuhe, mod. Form, gutes Material, ganz besonders billig:
- Braune Knabenstiefel** Größe 36—39, echt Pahlleder, besonders haltbare, schöne Stiefel



- Leder-Kinderstiefel** mit Ledersohlen 15—20 65⁹⁰
- Bezoere Sorten, gute Ledersohlen, 20—22 2.60 23—24 2.90 1⁹⁰
- Echt Rindbox** und Spaltleder, feine breite Form 31—35 4.90 27—31 3⁹⁰

Gross-Detail Schuh-Lokal Behndt

Münzstr. 25

Größenverzeichnisse 54

13